

**Ergebnisprotokoll**

5. Sitzung des Ausschusses „Frühkindliche Bildung“  
der Deputation für Kinder und Bildung

14.09.2016 10:00 – 12:00 Uhr

---

**TeilnehmerInnen:**

Siehe Anwesenheitsliste

---

**Tagesordnung:**

TOP 1	Beschluss der Tagesordnung
TOP 2	Genehmigung des Protokolls
TOP 3	Aktuelle Informationen zur Versorgung und zur Ausbauplanung
TOP 4	Sachstandsbericht zur Entwicklung eines gemeinsamen Rahmenplans von 0 – 10 Jahren (Vortrag Herr Rentzow)
TOP 5	Bericht zum Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung (Vortrag Herr Jablonski)
TOP 6	Verschiedenes

---

Die Vorsitzende Frau Krümpfer begrüßt alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

**TOP 1 Beschluss der Tagesordnung**

Frau Ahrens bittet darum, über die Ladungsfristen zu debattieren. Zusätzlich soll über den Status des katholischen Gemeindeverbands als ständiger Gast diskutiert werden. Die Tagesordnung wird wie vorgelegt einstimmig genehmigt.

## **TOP 2 Genehmigung des Protokolls**

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt unter dem Vorbehalt, dass auf Seite 2 des letzten Protokolls der Satz "Aktuelle Bedarfssituationen, Standortvorschläge und Trägersauswahl sollen im Bauausschuss berücksichtigt werden." wie folgt geändert wird: "Aktuelle Bedarfssituationen, Standortvorschläge der Verwaltung und die Trägersauswahl sollen im Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ beraten und entschieden werden, analog des Bauausschusses der Sozialdeputation der letzten Legislaturperiode."

Auf Seite 3 soll ein Hinweis zu den Zuwendungen der Dependancen hinzugefügt werden;

"Diese Zuwendungen sind nicht kostendeckend."

## **TOP 3 Aktuelle Informationen zur Versorgung und zur Ausbauplanung**

Herr Jablonski führt in die Anlage „Aufstellung der Realisierung der von Trägern an SKB und LAG gemeldeten zum 01.08. bzw. zu anderen Terminen neu zu schaffenden Plätze“ ein. Er kündigt für die nächste Sitzung am 02.11.2016 eine aktualisierte Liste für das laufende Kindergartenjahr an.

Frau Ahrens bittet darum, mit absoluten Zahlen der unversorgten Kinder zu arbeiten.

Herr Jablonski erläutert, dass die Zahl der unversorgten Kinder einer hohen Dynamik unterliegt, Kinder werden erfolgreich vermittelt, Eltern verzichten auf den Anspruch oder verziehen außerhalb der Stadtgemeinde etc.

Außerdem melden einige Eltern Ihren Rechtsanspruch erst jetzt an. Aktuell haben 705 Kinder den Status unversorgt und 641 Kinder geltend im Sinne der oben genannten Statusveränderung als versorgt.

Herr Dr. Güldner gibt zu bedenken, dass die Zahlendiskussion nicht zielführend sei und dadurch keine Kindertagesbetreuungsplätze geschaffen werden.

Herr Staatsrat Pietrzok erklärt, dass das Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung einen 10 Punkteplan für mehr Kita- und Krippenplätze erarbeitet hat, ebenfalls wird die strategische Partnerschaft bei der weiteren Ausbauplanung forciert. Die Staatsräterunde hat bereits zweimal getagt, dort wurde vereinbart, dass die beteiligten Ressorts enger zusammenarbeiten sollen. Ebenfalls werden Entscheidungs- und Genehmigungsverfahren verschlankt. Es wurde beschlossen, dass die Realisierung von Bauten aus Kapazitätsgründen nicht ausschließlich von Immobilien Bremen durchgeführt werden kann.

Kindertageseinrichtungen, die auf öffentlichem Grund gebaut werden sollen, müssen zwangsläufig ausgeschrieben werden, dabei ist es unerheblich, ob das sog. Erbbaurecht Anwendung findet oder die Fläche verkauft wird.

Aufgrund des großen Bedarfs an Grundstücken wird man ebenfalls private Grundstücke benötigen.

Die Deputierten stellen klar, dass der städtische Träger KiTa Bremen ebenfalls bei neuen Standorten bedacht werden muss.

Allgemein lobt Herr Staatsrat Pietrzok die neuen Arbeitsprozesse der Verwaltung als effizient, allerdings wird die Verwaltung Zeit benötigen, um eine Beschlusslage herstellen zu können.

Herr Jablonski erläutert, dass die benötigten Flächen zusammen mit Immobilien Bremen analysiert werden. So werden gemeinsam über 100 Grundstücke abgefahren und bewertet, dabei sind bereits zahlreiche gute Möglichkeiten identifiziert worden. Derzeit ist die Verwaltung am Sammeln und aufbereiten der erarbeiteten Daten.

Herr Staatsrat Pietrzok erläutert, dass die Ausbauplanung auf StaLa-Daten basiert. Alternativ würde es noch die EMA-Daten geben, allerdings habe man sich gesamtbremisch durch einen Senatsbeschluss auf die StaLa-Daten geeignet. Beide Datensätze haben Vor- und Nachteile.

Frau Ahrens gibt zu bedenken, dass man besser die EMA-Daten zur weiteren Ausbauplanung verwenden sollte.

Frau Biermann gibt an, dass bei Mobilbauten, die als Ergänzungsbau dienen sollen, die örtlichen Gegebenheiten des „Mutterhauses“ berücksichtigt werden.

Frau Ahrens gibt zu bedenken, dass die Passivhausweise für Kitas evtl. nicht geeignet sein könnte. Zusätzlich bittet Sie darum, die Ganztagsgrundschulplanung mit dem Kitausbau zu verzahnen.

Herr Dr. Güldner bittet darum, dass bestehende Immobilien mit der Möglichkeit von Erweiterungs- bzw. Ergänzungsbauten prioritär von der Verwaltung begutachtet werden sollen.

#### **TOP 4 Sachstandsbericht zur Entwicklung eines gemeinsamen Rahmenplans von 0 – 10 Jahren**

Herr Jablonski erläutert, dass die Bildungsbereiche Bildung und Kinder zwei unterschiedliche Bildungsrahmenpläne haben. Gemäß dem Koalitionsvertrag soll ein gemeinsamer Bildungsrahmenplan von 0 – 10 Jahren entwickelt werden. Die zuständige Abteilung 2 „Bildung“ und Abteilung 3 „Kinder“ arbeiten konstruktiv zusammen. Am 09.09.2016 gab es eine erste Auftaktveranstaltung, um den verschiedenen Bereichen ein gemeinsames Bildungsverständnis zu vermitteln. Außerdem diente der Termin der Beteiligung von verschiedensten Fachleuten. Insgesamt waren 100 Leute bei der Auftragsveranstaltung anwesend.

Die Ergebnisse werden momentan ausgewertet und regelmäßig auf der Homepage der Senatorin für Kinder und Bildung veröffentlicht. Bei der Entwicklung des gemeinsamen Bildungsrahmenplans soll die Beteiligung bis zum voraussichtlichen Abschluss des Prozesses 2018 hochgehalten werden.

Frau Ahrens bittet darum, dass der Unterausschuss über die Ergebnisse regelmäßig unterrichtet wird.

Herr Rentzow erläutert, dass ebenfalls im späteren Verlauf der Entwicklung die Politik mit einbezogen werden soll. Eine eigenständige Projektleitung soll noch benannt werden.

In den Anlagen (Seite 2 des TOPs) ist nicht „Finanzierungssystematik“ gemeint, sondern „Finanzierung.“

## **TOP 5 Bericht zum Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung**

Herr Jablonski berichtet aus der Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Integration, Bildung und Betreuung. Die Träger und Verwaltung arbeiten partnerschaftlich zusammen. Es wurden gute und pragmatische Möglichkeiten für den Kita-Ausbau besprochen. Die Träger unterstützen die Ausbauplanung der Senatorin für Kinder und Bildung.

Ebenfalls werden momentan in der AG nach § 78 SGB VIII Verwaltungsverfahren vereinfacht und Bürokratie abgebaut, wo dies möglich ist.

Herr Scholz bittet als Sprecher dieser AG den Ausschuss um Kenntnisnahme, dass die AG einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der bestehenden Ablaufplanung für das KGJ 2017/18 gegenüber der Verwaltung unterbreitet hat. Wesentliche Zielsetzung ist es, bereits bestehende Verfahrensschritte terminlich vorzuziehen, damit u.a. Eltern früher als bisher Platzzusagen und Politik und Verwaltung früher als bisher einen Status 2 erhalten können. Weitere Verhandlungen sind terminiert.

Herr Jablonski erläutert, dass Sicherheitsstandards nicht abgesenkt werden, er bittet den Fehler im Protokoll vom 18.02.2016 der UAG Angebotsplanung zu entschuldigen.

Im Ressort wird die Möglichkeit der Erhöhung von Ausbildungskapazitäten diskutiert. Denkbar wäre eine Einführung der dualen Ausbildung oder die Anpassung der bestehenden Ausbildung. Momentan befindet man sich in der Konzeptionierung und wird in einer der weiteren Sitzungen des Unterausschusses berichten.

## **TOP 6 Verschiedenes**

Die Deputierten des Unterausschusses „Frühkindliche Bildung“ beschließen einstimmig, dass der katholische Gemeindeverband, vertreten durch Frau Sonja Glasmeyer, den Status eines ständigen Gastes innerhalb der 19. Legislaturperiode erhält.

Die Deputierten des Unterausschusses „Frühkindliche Bildung“ beschließen einstimmig, dass die Verwaltung nach Möglichkeit die Einladung, das Protokoll, die

Berichte und sonstige relevante Unterlagen eine Woche vor Sitzungstermin postalisch versenden soll. Ebenfalls sollen die Unterlagen auf elektronischem Weg versendet werden.

Die nächsten Sitzungen finden am 02.11.2016 von 9:30 – 12:00 Uhr und am 30.11.2016 von 09:30 – 12 Uhr statt.

gez.

Frau Krümpfer

Vorsitzende

gez.

Herr Albrecht

Protokollant

**Anlage**

Anwesenheitsliste